

Anlage 1

An den
Präsidenten
des Oberlandesgerichts

Postfach 30 02 10
40402 Düsseldorf¹

Antrag

auf Gewährung einer Zuwendung

Postfach 21 03
59061 Hamm¹

Geschäftszeichen:

Postfach 10 28 45
50468 Köln¹

Bezug: Zuwendung des Landes nach den Richtlinien des
Programms
„Förderung von ambulanten therapeutischen Maßnahmen
Freier Träger für Personen, die wegen eines Sexual-
deliktes verurteilt worden sind“

1. Antragsteller
1.1 Name/Bezeichnung
1.2 Auskünfte erteilen (Name; Tel.-Nr.; Fax-Nr.)

¹ Nichtzutreffendes bitte streichen

1.3 Anschrift (Straße; PLZ; Ort)
1.4 Bankverbindung Konto-Nummer: BLZ: Bezeichnung des Kreditinstituts: Kontoinhaber/Zahlungsempfänger: ggf. Buchungsstelle:
1.5 Name/Bezeichnung, Sitz des/der mit der Durchführung beauftragten Trägers/Organisation (falls abweichend von 1.1)
1.6 Maßnahmeort (falls abweichend von 1.3)
2. Maßnahme
2.1 Bezeichnung/angesprochener Zuwendungsbereich
2.2 Zahl der möglichen Klienten
2.3 Durchschnittl. wöchentl. Stundenzahl (Zeitstunde) pro Klient

3. Zuschussfähige Gesamtausgaben
4. Beantragte Zuwendung
4.1 Personalausgaben
4.2 Sachausgaben
4.3 Reisekosten
4.4 Fortbildung/Supervision
4.5 Beantragte Zuwendung (Summe 4.1 – 4.4)
5. Finanzierungsplan
5.1 Einnahmen für die Maßnahme
5.2 Eigenanteil
5.3 Private Mittel Dritter
5.4 Komplementärmittel insgesamt (Summe 5.1 – 5.3)
5.5 Zuwendungen nach Landesrichtlinien
5.6 Gesamtfinanzierung (Summe 5.4 + 5.5)
6. Begründung zur Notwendigkeit der Vollfinanzierung durch Landesmittel (z. B. Finanzlage des Antragstellers, Tragbarkeit der Gesamtausgaben für Antragsteller, Tätigkeitsbereiche des Antragstellers)
Bericht ist als Anlage beizufügen.

7. Erklärungen des Antragstellers**7.1 Der/die Antragsteller/in erklärt, dass**

- mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird:

ja nein

- die Maßnahme am _____ beginnen soll und er/sie mit beigefügter formloser Begründung die Zustimmung eines förderunschädlichen vorzeitigen Beginns beantragt:

ja nein

7.2 Der/die Antragsteller/in erklärt, dass er/sie zum Vorsteuerabzug

nicht berechtigt ist

berechtigt ist und dies bei den Ausgaben

berücksichtigt hat.

7.3 Der/die Antragsteller/in erklärt, dass die Angaben in diesem Antrag (einschl. Antragunterlagen) vollständig und richtig sind.

8. Anlagen

Liste „Personelle Besetzung“

Finanzierungsplan

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift

